

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 3,50 M., bei Weitem Postbezugs monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 12.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Inserate sollen die achtspaltige Komparativhöhe haben, deren Norm ein 1/4 Teilmillimeter (1/4 mm) ist, das fettdruckte Wort 1/4 mm, jedes weitere Wort 1/8 mm. Sammel- und Organisationsanzeigen die achtspaltige Komparativhöhe 2,40 mm, das fettdruckte Wort 1/4 mm, jedes weitere Wort 1/8 mm. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-96, 9706

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Wiederaufbau Rußlands.

## Sowjetrußlands Arbeitsarmee.

Die Frage der Wiederaufnahme des Wirtschaftsverkehrs mit Sowjetrußland steht im Vordergrund des Interesses aller Länder. Ueberall wird die Frage erörtert, was Rußland dem Ausland bieten, welche Kräfte es zur Verfügung stellen kann, um beim Wiederaufbau der Welt mitzumachen. Einen lehrreichen Einblick in diesen Fragenkomplex bieten uns die Thesen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands über die Mobilisierung des industriellen Proletariats und die Militarisierung des Wirtschaftslebens, über die Trozki auf dem dritten allrussischen Wirtschaftskongress am 24. Januar d. J. in Moskau Bericht erstattete. Wir lassen die wichtigsten von diesen Thesen folgen:

1. Der außerordentliche wirtschaftliche Tiefstand des Landes als Resultat des imperialistischen Krieges und der gegenrevolutionären Vormärche gegen Sowjetrußland kommt unmittelbar zum Ausdruck in der vollkommenen Desorganisation der grundlegenden Elemente der Produktion: der technischen Hilfsmittel, der Versorgung mit Rohmaterialien, — vor allem der Arbeiterkraft und des Heizmaterials.

2. In nächster Zeit ist nicht daran zu denken, von außerhalb Maschinen, Kohlen und qualifizierte Arbeiter in größerem Maßstabe zu bekommen, und zwar nicht nur infolge der Notlage, über deren weitere Entwicklung man im jetzigen Augenblick noch nichts Bestimmtes aussagen kann, sondern vor allem, weil Westeuropa selbst vollkommen erschöpft ist.

3. Der Hebel, mit dessen Hilfe das wirtschaftliche Leben des Landes gehoben werden kann, ist also die lebendige Arbeitskraft, ihre Organisation, ihre Verteilung und zweckmäßige Ausnutzung.

### A. Das industrielle Proletariat.

4. Das industrielle Proletariat, der Hauptträger der politischen Macht, muß in der nächsten Zeit seine ganze Aufmerksamkeit und Spannkraft auf die Organisation des Wirtschaftslebens und der unmittelbaren Anteilnahme am Produktionsprozeß konzentrieren.

5. Zu diesem Zweck ist es notwendig, die gelernten und qualifizierten Arbeiter zu sammeln, sie noch und noch aus der Armee, aus den Sowjetorganen hinter der Front, selbst aus den Sowjetwirtschaften und Kommunen, aus der Heimindustrie, aus den Dörfern, vor allem aus dem noch bestehenden Privathandel zurückzuführen.

6. Um die qualifizierten Arbeiter zur Arbeit heranzuziehen, muß für die Besserung ihrer Lebens- und Wohnungsbedingungen gesorgt werden. Ferner müssen die Gewerkschaften sie organisatorisch zu beeinflussen suchen, wo all das nichts nützt, muß zu Zwangsmassnahmen gegriffen werden.

7. Die Durchführung dieser Maßnahmen, wie überhaupt jeder Arbeit, die die Entwicklung der Industrie fördert, kann nur dann ernste positive Resultate zeitigen, wenn die Gewerkschaftsverbände gut organisiert und über einen festen Bestand von zuverlässigen und verantwortungsvollen Arbeitern verfügen, die imstande sind, eine eiserne Arbeitsdisziplin durchzuführen.

8. Gleichzeitig müssen in großem Maßstabe Maßnahmen zur sachmännlichen Ausbildung der heranwachsenden Jugend (von 14 Jahren an) getroffen werden, damit späterhin für Ersatz der qualifizierten Arbeitskraft gesorgt ist. Zu diesem Zweck muß dem Kommunisten für Volksaufklärung ein starkes, mit Vollmachten ausgestattetes Organ angegliedert werden, in dem Mitglieder aller interessierten Behörden und Institutionen vertreten sind.

### B. Die ungelernete Arbeitskraft.

9. Die wirtschaftlichen Bedingungen erfordern Menschenmaterial, mehr als irgendwann, so daß auch ungelernete Arbeiter, d. h. die Bauern, zur Industrie- und Transportarbeit herangezogen werden müssen.

a) In mechanischen Arbeitsmitteln ist Rußland jetzt außerordentlich arm. Die Maschinen sind abgenutzt und können nur in geringem Maßstabe renoviert werden. Der mangelnde Aufschwung der Produktion wird — infolge des

## Tschitscherins Forderungen an England.

O. D. Kopenhagen, 4. März.

Tschitscherin hat nachstehendes Telegramm an die englische Regierung gerichtet: In Verantwortung des heutigen Radiotelegramms bitten wir, der Weißen Garde und den Behörden der nördlichen Distrikte folgende Vorschläge zu unterbreiten:

1. Alle nördlichen Territorien, die zum Bereich des ehemaligen russischen Kaiserreichs gehören, werden ohne Einschränkung der Gewalt der russischen Sowjetregierung zusammen mit Karelien, Kurland und dem Grenzstreifen unterstellt, der vor dem 1. August 1914 die Grenze zwischen Rußland einerseits und Finnland und Norwegen andererseits bildete.

2. Alle Transportmittel, wie Eisenbahnen, Waggon, Schiffe, See- und Binnenfahrzeuge, Luftschiffe, ferner Proviant- und Munitionslager sowie alle Magazine, die der Regierung oder der Armeegehörden, werden in ungemindertem und unbeschädigtem Zustande der russischen Sowjetregierung übergeben.

3. Mit dem Augenblick der Kapitulation der Armeegehörden die russische Sowjetregierung die gesamte Ausrüstung und Munition in ungemindertem und unbeschädigtem Zustande.

4. Alle Offiziere und Beamte der sogenannten Nordregierung werden im Falle sofortiger freiwilliger Kapitulation amnestiert und erhalten die Erlaubnis, Sowjetrußland zu verlassen und sich ins Ausland zu begeben. — Wir hoffen, daß die englische Regierung die Gelegenheit benutzen wird, ihren Einfluß auf die Weiße Garde zu benutzen, um das unnötige Blutvergießen zu vermeiden und sie dazu bestimmen wird, den Widerstand aufzugeben, der den Wiederaufbau eines einheitlichen russischen Reiches verhindert.

## Sowjet-Rußland und Polen.

T. U. Warschau, 5. März.

Nach Meldungen der Sowjetblätter hielt Trozki in der Sitzung des Zentral-Exekutiv-Komitees eine längere Rede, in welcher er unter anderem sagte: Die imperialistischen Kreise der Entente versuchen noch immer, Polen gegen uns als Feind auszuspielen. Wir hoffen, daß Polen Vorsicht bewahren wird. Die Sowjetregierung erklärt, daß ihre Truppen die Demarkationslinien nicht überschreiten werden. Falls jedoch die pol-

großen Mangels an Maschinen — in vielen Industriezweigen die Notwendigkeit der außerordentlich gesteigerten Anwendung von menschlicher, hauptsächlich ungelerneter Arbeitskraft erfordern.

b) Das Fällen und Heranschaffen von Holz, das noch lange den größten Teil des Bedarfs an Heizmaterial zu decken haben wird, die Gewinnung von Torf und Schiefer in Mengen, wie sie nie zuvor gebraucht worden sind, schließlich die wieder aufgenommene angespannte Arbeit in den Kohlen-, Naphta- und Erzbezirken erfordert, neben den qualifizierten, eine große Menge von ungelerneten Arbeitern.

c) Die Arbeit in den Sowjetwirtschaften, vor allem aber in den durch den Bürgerkrieg verwüsteten Gegenden, wird die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft, nach Dauer- wie auch nach Saisonarbeitern, ungebunden steigern.

d) Vorübergehende Saison- und Hilfsarbeiten, z. B. das Sämeeschleppen, der Paradenbau, die Wiederherstellung und Ausbesserung von Brücken und Verkehrswege, werden ebenfalls viel Arbeitskräfte erfordern.

10. Die Versorgung der Industrie, des Transports und überhaupt des Wirtschaftslebens mit notwendiger Arbeitskraft kann nur unter Durchführung der Arbeitspflicht gesichert werden.

Die Punkte 11 bis 20 behandeln die Bedingungen der allgemeinen Arbeitspflicht, die sofort durchgeführt werden soll.

### C. Die Militarisierung des Wirtschaftslebens.

21. Im Uebergangsstadium der Entwicklung einer Gesellschaft, die das Erbe einer schweren Vergangenheit angetreten hat, ist der Uebergang zu einer planmäßig organisierten gesellschaftlichen Arbeit unentbehrlich, ohne die Anwendung von Zwangsmassnahmen, in bezug auf Elemente, die ein Parasitenleben führen, wiederum in bezug auf zurückgebliebene Elemente des Bauerntums und der Arbeiterklasse. Das Zwangsmittel, über das

nische Armeegehörden eine Offensive gegen Rußland aufnehmen sollte, sollen die an der Westfront befindlichen starken roten Truppen ihre Pflicht erfüllen.

## Die Rätewahlen in Moskau.

Kiefersdorf, 4. März.

Die Sowjetwahlen in Moskau für 1920 ergaben für die Kommunisten 80 Prozent der Sitze. Die Menschewiki erhielten 43 und die Unabhängigen 121 Mandate.

## Italienisch-russische Annäherung.

T. U. London, 4. März.

Aus Rom wird den „Times“ gemeldet, daß der Abgeordnete Bombarci, der ehemalige Sekretär der sozialistischen Partei, sich nach Kopenhagen begibt zwecks Aufnahme von Besprechungen mit Litwinow. Der sozialistische Abgeordnete Cabriani geht mit anderen italienischen Abgeordneten ebenfalls nach Kopenhagen, um mit Litwinow über die Möglichkeit des Handelsverkehrs zwischen Rußland und Italien zu verhandeln.

## Großer Landarbeiterstreik in Italien.

Mailand, 4. März.

Laut „Corriere della Sera“ ist in allen ackerbaubetriebenden Gebieten der unteren Lombardei der Aufstand ausgebrochen. Man schätzt die Zahl der Aufständigen auf über 150 000 in über 200 Gemeinden. Der Grund ist das Scheitern der Lohnvertragsverhandlungen.

## Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Japan.

T. U. Amsterdam, 5. März.

Das in Honolulu erscheinende Blatt „Rippitjo“ veröffentlicht einen Bericht aus Tokio, in dem gesagt wird, daß der Vorerkennung Dr. Solz als deutschen Gesandtschaftsleiters in Tokio nichts im Wege stünde. Weiter wird berichtet, daß Riki, der japanische Gesandte in Schweden, zum Gesandten in Berlin bestimmt worden sei.

der Staat verfügt, ist seine militärische Macht. Folglich ist die Militarisierung der Arbeit in diesem oder jenem Maße, in dieser oder jener Form — eine unbedingte Notwendigkeit für jede Uebergangswirtschaft, die auf dem Prinzip der allgemeinen Arbeitspflicht aufgebaut ist.

Zwangsmassnahmen werden um so weniger Anwendung finden, je mehr sich das System der sozialistischen Wirtschaftsordnung entwickeln wird, je planmäßiger die Arbeitsbedingungen sein werden, und je höher das Erziehungsniveau der heranwachsenden Generation sein wird.

22. In den gegenwärtigen Verhältnissen Sowjetrußlands bedeutet die Militarisierung, daß die Wirtschaftspragen (die Intensivität der Arbeit, die sorgfältige Behandlung der Maschinen und Instrumente gewissenhafte Verantwortung von Material usw.) in Verantwortung der Werktätigen und in der Praxis der staatlichen Institutionen ebenso geübt werden müssen wie Fragen des militärischen Kampfes. Die Stadt- und Landbevölkerung muß erkennen, daß die Beseitigung der Arbeitsdefektion, des Müßiggangs, des unzuverlässigen Arbeitens eine Frage von Leben und Tod des ganzen Landes bedeutet, und daß sie in allerletzter Zeit — wenn auch mit den strengsten Mitteln — erreicht werden muß.

23. In dieser Richtung muß eine weitgehende mündliche und schriftliche Propaganda entfaltet werden, die zur Aufgabe hat, auf Grund von konkreten, stets neuen Materials über unseren wirtschaftlichen Verfall und einzelne Erfolge auf dem Wege zu seiner Ueberwindung die breitesten werktätigen Massen im Sinne einer wachsamsten Kontrolle über alle Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens zu erziehen und die parteilosen Konferenzen der Arbeiter und Bauern zum Kampf gegen Unordnung, Bürokratismus und Mißtagung heranzuziehen.

Die führende Rolle in dieser Arbeit müssen — neben der Partei — die Gewerkschaftsverbände übernehmen, zu

Denen die besten Arbeiter, die jetzt eine militärische Schulung durchgemacht haben, kleinstmöglich zurückzuführen müssen.

24. Die formale Militarisierung einzelner Unternehmungen oder Industriezweige, die in diesem Augenblick von besonderer Bedeutung sind, oder die durch die allgemeine Verzerrung besonders betroffen sind, geschieht jedesmal auf besondere Verordnung des Verteidigungs-Sowjets und hat den Zweck, dem Unternehmen der Arbeiter vorübergehend zu sichern und ein strengeres Regime einzuführen, wobei den entsprechenden Organen weitgehende Disziplinarrichte eingeräumt werden, wenn die Befehle des Unternehmens nicht auf anderem Wege herbeigeführt werden kann.

25. Die Massenberanziehung ungeleiteter und gewerkschaftlich nicht organisierter Arbeiter durch die Arbeitspflicht zu Transport-, Verpflegungs-, Bau- usw. Arbeiten erfordert — wenigstens für die erste Zeit — eine Arbeiterorganisation von militärischem Typus.

26. Die Elemente der Arbeiterorganisation und der notwendigen Disziplin, — wie der inneren — so auch der äußeren Zwangsmäßigen — können den durch die Arbeitspflicht mobilisierten Hunderttausenden und Millionen Werkstätten nur beigebracht werden mit Hilfe der Klassenbewußtsein, entschlossenen und überzeugungstarken Arbeiter, besonders solcher, die eine militärische Schulung durchgemacht haben, und die gewohnt sind, die Massen zu organisieren und sie — unter den schwierigsten Bedingungen — zu führen.

27. Die Grundlage für die Durchführung der Arbeitspflicht bilden dieselben prinzipiellen Organisationsfragen, die der Bildung der roten Armee und der Errichtung der Sowjetmacht überhaupt zugrunde liegen: den zurückgebliebenen Bauernmassen natürliche Führer und Organisatoren in Gestalt der Klassenbewußten und in ihrer übergroßen Mehrzahl sachmännlich ausgebildeten Proletarier zu sichern. Soweit die Armee ein wichtiger Versuch, einer solchen Massenorganisation war, müssen ihre Methoden (natürlich mit den erforderlichen Änderungen) auch auf das Gebiet der Arbeiterorganisation übertragen werden, wobei die Erfahrung derjenigen Arbeiter ausgenutzt werden muß, die ihre militärische Arbeit jetzt zugunsten der wirtschaftlichen aufgeben müssen.

28. Als eine der Uebergangsformen zur Durchführung der allgemeinen Arbeitspflicht und zur weitgehendsten Anwendung der bergewerkschaftlichen Arbeit, müssen die freiwillig werdenden militärischen Abteilungen zu Arbeitszwecken benutzt werden, und zwar bis hin auf zu ganzen Arbeiterformationen. So ist z. B. die 3. Armee in die erste Arbeitsarmee umgewandelt worden und dieser Versuch soll auch mit anderen Armeen gemacht werden. (Die letzten Punkte regeln die Vorbedingungen für die Arbeitsverordnung von Truppenenteilen und ganzen Armeen.)

Auf dem eingangs erwähnten Moskauer Volkswirtschaftskongress begründete Trozky die Notwendigkeit der Arbeitsmobilisierung mit folgenden Argumenten: Die Arbeitsmobilisierung, so führte er aus, bedeutet keineswegs eine Verletzung der persönlichen Freiheit. Die Arbeitsfreiheit in den bürgerlichen Staaten hat stets zur Ausbeutung der Arbeiter geführt. Die Sowjetregierung sieht die Mobilisierung der Arbeiter bereits vor. Hiernach soll die ganze militärische Administration auf wirtschaftliche Arbeit eingestellt werden. Die ganze Bevölkerung eines Distriktes soll einen Arbeitsverband bilden, wie auch jede Einheit in der roten Armee. Die besten Elemente der Arbeiterklasse müßten auf wirtschaftlichem Gebiet ihre während des Krieges gesammelten Organisationskenntnisse anwenden. Eine Arbeitsarmee sei in der Ukraine tätig, eine andere werde gerade im nördlichen Kaukasus gebildet zur Ausbeutung des Nachbar-

Distriktes. Im Norden soll die 7. Armee zum Torfsich verwendet werden.

Weiter führte Trozky aus: „Wenn die Arbeiter alle ihre Energie, ihre Intelligenz und ihren revolutionären Enthusiasmus den wirtschaftlichen Aufgaben widmen, ebenso, wie sie sich für die Verteidigung der Republik aufgeopfert haben, so wird Rußland bald eine glänzende Stellung einnehmen, die seine Feinde in Erstaunen setzen, die Herzen seiner Freunde erfreuen wird.“

Das kommunistische Zentralorgan „Pravda“ fügt dieser Rede folgenden Kommentar hinzu:

„Was jetzt vor es nur der freiwillige Arbeiter, der seine Arbeit an den „kommunistischen Samstagen“ verrichtete. Doch ebenso wie unsere rote Garde zur roten Armee wurde, so werden diese freiwilligen kommunistischen Arbeiter eine revolutionäre Arbeiterarmee bilden, zum besten des Wirtschaftslebens unseres Landes. Wir müssen das gesamte industrielle Proletariat organisieren, in Uebereinstimmung mit einer geregelten Arbeitsverteilung.“

### Verpäteter Alarm.

„Die Sozialisierung ist da!“ So verkündete die Regierung Ober-Scheidemann vor einem Jahre. „Die Sozialisierung wird sicher kommen, die sozialdemokratische Fraktion bereitet schon einen Initiationsantrag vor, der die Aufhebung der feudalen Vergewaltigung und die Sozialisierung der Bergwerke vorseht.“ So hieß es in einem Aufruf, den der rechtssozialistische Parteivorstand in Gemeinschaft mit der rechtssozialistischen Fraktion der Nationalversammlung am 1. März 1919 erließ. Was ist aus diesen Ankündigungen geworden? Sie haben sich als Lügen erwiesen, sie sind zerplatzt wie Seifenblasen. Statt der Sozialisierung haben wir die erneuerte Befestigung des Bergkapitals, statt des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter an der Produktion ihren ständig sinkenden Einfluß.

Nun schreibt Otto Hue im „Vorwärts“ einen aufgeregten Artikel, den er „Alarm für den Sozialismus“ betitelt. Die Unternehmerpresse hatte behauptet, daß die Regierung hinterherum sozialisieren wolle, und dazu bemerkt er folgendes:

Was ist geschehen? Das Reichswirtschaftsministerium war bereit, die Kohlenpreise um einen noch genau zu bestimmenden Betrag zu erhöhen und die Einnahmen daraus den Bergwerksbetreibern zwecks Finanzierung von Erweiterungs- und Reuanlagen zu überlassen, wenn dem Reich für dieses so eingebrachte Kapital ein Miteigentumsrecht an den betreffenden Werken eingeräumt würde.

Das ist alles, aber auch wirklich alles. Das nennt die Unternehmerpresse „hinterherum sozialisieren“, und schlägt Alarm. Das Reichswirtschaftsministerium hatte seine Vorschläge in zehn „Leitfäden“ dem Reichslohnverband zur internen Diskussion unterbreitet. Die Leitfäden sind dann wörtlich in der privatkapitalistischen Presse publiziert worden mit ungemessen scharfen Ausfällen, namentlich gegen den Unterstaatssekretär Dr. Girsch.

Eine Sozialisierung ist das so wenig, wie der Unterstaatssekretär Dr. Girsch unser Parteigenosse ist. Es ist eine Finanzagitation, wobei das Reich als Kapitalhergeber auftritt und dafür nicht mehr Rechte beansprucht als ein privater Kapitalist, der sich am Bergbau mit Kapitalanlage beteiligt.

In der Tat, es ist nichts geschehen, was die Reichsmagnaten beunruhigen könnte. Hue weist auf den Fall der Gläser der Güte hin, die auch sozialisieren werden sollte, an deren kapitalistischer Grundlage schließlich aber nichts geändert worden ist. Und so ist es auch mit der Bergindustrie. Schon der leise Wunsch der Regierung nach einem Mitbestimmungsrecht im Verhältnis zu den den Grubenbesitzern gewährten ungeheuren Vorteilen weckt deren Widerstand. Ist ihr „großkapitalistisches Herrenbewußtsein“, wie Hue sagt, mit aller Macht hervortreten.

Sue hat mit keinem Artikel durchwegs recht. Die Herren wollen eben so wenig wie die anderen Unternehmer etwas von Sozialisierung und Sozialisierung wissen. Wer hat es aber dahin gebracht, daß die Verwirklichung des Sozialismus, die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, heute schwieriger durchzuführen ist, als vor Jahresfrist? Das waren die Parteigenossen des Herrn Hue. Sie haben durch ihren Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterkraft dem Kapital wieder in den Sattel geholfen. Ihr Kampf für den Sozialismus kommt viel zu spät, ihre Schuld ist es, daß, wie Hue schreibt, „das schwerindustrielle Großkapital den sozialistischen Gedanken selbst in seiner allerchwächsten Ausprägung keine Heimstätte in unserer Volkswirtschaft zubilligen will.“

### Kundgebung gegen den Eisenbahnminister.

#### Wann geht eigentlich Herr Defser?

Der Vorstand der Arbeitgemeinschaft hat sich gestern mit den Zuständen in der Verwaltung des Eisenbahnministers Defser befaßt. Es wurde folgende Kundgebung an den Reichskanzler beschlossen:

Der Vorstand der Arbeitgemeinschaft nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Mehrforderung der Kohle infolge der von den Bergarbeitern verfahrenen Ueberfahrten. Um so mehr ist er entsetzt über die auch in der Presse gemeldete Tatsache, daß gleich in der ersten Woche der Mehrforderung nahezu 7000 Waggons täglich im Ruhrgebiet fehlen und daß alle anderen Kohlenreviere seitdem auch über erhöhten Waggonmangel klagen.

Der Vorstand muß, gestützt auf diese Tatsachen, erneut feststellen, daß die Eisenbahnerverwaltung ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist. Da der Bestand an Waggons und Lokomotiven gegenwärtig nicht als Entschädigung für das Verschlehen der Eisenbahnerverwaltung angesehen werden kann, so muß die Organisation, die offenbar schwere Mängel aufweist, geändert werden.

Der Vorstand richtet an den Herrn Reichskanzler das dringende Ersuchen, an zuständiger Stelle unverzüglich darauf hinzuwirken, daß endlich energisch durchgegriffen wird, um diese fortdauernde Hintertreibung des Wiederaufbaus unseres Wirtschaftslebens zu befeitigen.

Des weiteren hält der Vorstand die Einsetzung eines Reichskanzlermissions für den Wiederaufbau unseres Verkehrsweßens für notwendig.

### Von dem Regen in die Traufe.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrates wurde beschlossen, einen Ausschuss von 7 Mitgliedern als Reichsberufungsinstanz gegen Verbote periodischer Druckschriften zu wählen. Dieser Ausschuss stellt eine Art zirkuläre Behörde dar, den Vorfall wird der Minister des Innern führen. Der Reichsrat beschloß, daß in der Verordnung, durch die dieser Ausschuss eingesetzt wird, ausdrücklich gesagt wird, daß die sieben Mitglieder des Reichsrates ihre Entscheidung nach eigener, freier Ueberzeugung zu treffen haben, unabhängig von der Instanz ihrer Regierungen. Zwei Mitglieder des Ausschusses werden von Preußen gestellt, die übrigen fünf von Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen und den Hansestädten.

Wir haben auch keine Hoffnung, daß diese Einrichtung sich an den bisherigen Zuständen ändert. Die Herren, die diese „richterliche Behörde“ bilden, bieten keine Gewähr dafür, daß die Willkür der Zeitungsverbote endlich beseitigt wird.

Der Prozeß Miller-Gelmsdorf. Der vor dem Oberkriegsgericht anstehende Hauptverhandlungstermin vom 25. Januar 1920 mußte vertagt werden, weil die Adressen einiger wichtiger Zeugen noch nicht ermittelt sind. Es wäre wünschenswert, wenn insbesondere der frühere Unteroffizier, jetzige Kaufmann Fritz Frank, Straßenschnitzholzer Fritz Reichardt und Eisenbahnschaffner Fritz Fuhrmann, beide in Magdeburg, ihre genaue Adresse dem Gericht des früheren dritten Armeekorps in Berlin, Lehrter Str. 88, anzeigen würden.

### Feuerleute.

Von Rog Dorin.

Was ist aus uns geworden? Aus uns deutschen Hochseehelden. Aus uns Störern der internationalen Handelsmarine. Ueberall waren wir zu finden. Nicht alleine auf deutschen Transatlantikern — wir waren auf jedem „Ocean-Stamp“, auf jedem „Ocean-Verbanden“ daheim.

Kein Kohlenkessel, das den Vesuv-Kanal berührt, das im Spanien oder Cardiff geheizt hatte — und nicht seine drei oder vier „German Firemen“ (Deutsche Feuerleute) mitnahm.

So war es auf dem „Humber“ und auf der „Tyne“, „Hull“ und „Newcastle“ fuhrten nur mit irischen, norwegischen und deutschen Heizen.

Auf den Greyhounds, den „Windhunden“ aller Nationen, die als „Viners“, als Passagierschiffe New York verließen, waren deutsche Heizer zu finden.

Und sie fuhrten auf den Transindianern, die in Frisco, in San Francisco, nach Hawai, Yokohama, Schang hai, Hong kong und Manila Dampf mackten.

Jeder Schnelldampfer der „Beloo“, des „Blood Nations“ und der „Compagnia Generale“, der im Januar für den La Plata losmachte, hatte seine deutschen Heizer an Bord. Heizer deutscher Zunge: wenn es auch meistens Schweißheizer waren.

Deutsche Feuerleute auf den Luftschiffen der Hankeemilliarde und deutsche Feuerleute zu Tausenden in der United States Navy. An Ostel Sans Kriegsmarine.

Ueberall war man gerne gesehen. Auch geachtet. Unsere Arbeit haben wir allerdings auch überall mit Verantwortungsgefühl getan.

Wir waren wilde Charaktere. Die molken von uns der Heimat seit Jahrzehnten entfremdet. Wir grüßten mit der Heimat. Nicht dem Heimatgefühl: sondern dem heimatklichen Dunkel und Hochmut einer Waffen- und Gelasse.

Abenteurerblut hatten wir alle. Wildes heißes Wanderblut. Das sich betätigen mußte. Das nicht am Ofen hocken bleiben konnte.

Namen wir an Land: dann griffen wir fest zu, nahmen alles, was das Leben und bot: Tanz, Gesang, Trank und heiße Mädchen: dafür fanden wir noch den Weg der weggelassenen Heuern.

Der Krieg führte einige von uns heim. Andere gingen in die Konzentrationslager jener Nationen, die Deutschlands grausamste Nachbar Deutschlands Feinde nannten.

U-Boote haben mit neuen Schiffen auch manchen deutschen Feuermann auf den Seegrund geschleudert.

In unsern Herzen liegt ein unerbittlicher Haß gegen die U-Boote auf. Wir waren interkontinentale Seefahrer. Mit jedem er-

trunkenen Seemanns hat ein Kamerad von uns. Gemoebel von den grauen deutschen Heizen.

Was ist aus uns deutschen Feuerleuten nun geworden? Ueberall heißt man uns — als Deutsche. Wir haben nur eine Möglichkeit, Schon zu bekommen: wir müssen unser Deutschtum verleugnen. Und darum haben wir üblich die geistigen und die heutigen dunkelhaften, hochmütigen Angehörigen der deutschen Klassen- und Gelasse.

### Gabriel Schillings Flug.

(Kammerspiele)

Wenn ein neuer Reiter von Hermann Sudermann nach dem Beispiel eines eleganten Theaterpöbels reitert und rottert, dann entscheidet man sich selbstverständlich für ein älteres, pilles Drama Gerhart Hauptmanns, das am gleichen Abend gestern im Kammertheater des „Deutschen Theaters“ neu aufgeführt wurde. „Gabriel Schillings Flug“ bleibt ein manchmal schwaches, in manchem aber ungemein liebenswertes Zwischenwerk des Dichters, das zu seinen Allerpersönlichsten gehört. Daher verwundert es es auch anfänglich der Aufführung an die Bühne, bis es vor Jahren über eine Aufführung im englischen Kreis hinaus sich doch die offene Szene eroberte. Freilich ohne bisher nachfällig seinen Platz zu behaupten. Den wird ihm auch die jetzige Aufführung kaum zu schaffen vermögen.

Das liegt teils am Stück selbst, teils an der Darstellung, die es diesmal fand und die nur in den weiblichen Rollen Vollendetes gab. Auch in den von etwas gewöhnlicheren Theatralik umkrusteten Szenen fiedert der Herzschlag des Dichters Gerhart Hauptmann, seine eratische Qual, sein Kampf zwischen Kunst und Liebe. Ein nervös zerrütteter Künstler, dessen Willenskraft ohnedies geschwächt ist und schließlich ganz zerbricht, weiß als Ausweg aus dem Ringen der hausbackenen Ehefrau und der dampfhaften Geliebten um ihn nur die Flucht in den Tod. Er geht mit hochgehobenen Armen ins Wasser, in das Element, das ihn immer am unwiderstehlichsten lockt. Die Seelst muß man in diesem Stück aufs stärkste spüren, aber auf der Bühne wehte trotz vieler Signallichter und Abstrich wenig von dieser Atmosphäre. Das hindurchschimmernde private Erlebnis und die kleinen naturalistischen Bögen kamen unter der Spielleitung Felix Holländers mehr zur Geltung als der mystische Hauch des Genies, der den einzelnen und in tausend Formen allmählichen Fall umwittert. Dabei stürzten teigliche Unschärfen und Unsicherheit momentaner Verlegenheit.

Bis zum dritten Akt blieb man kühl, dann rief die kalte und heiße Flamme der Leidenschaft Agnes Strauß über alles Jögern hinweg; sie war in ihrer geliebten Blauheit keine russische Hedin, aber von herzerregendem Weibstum, als der-

grünte Frau hielt. Rosa Bertens die scharfe Witternis lebvolles Altern und Unglückschicks in beherrschten Grenzen. Bei Helene Thimig rüdte die symbolische Gestalt des kleinen tapferen Mädchens lug und feinsinnig, gesund und gar, mehr als sonst in den Mittelpunkt. Das war herzlich, schlicht und wunderbar, Natur, wie sie den Männern für ihre Rollen diesmal besetzt blieb. Raoul Aslan wirkte trotz guter Momente mehr als muskelhafter Rime mit Schatten unter den Augen denn als neutralisierender Maler und Mensch. Fritz Dellus als Bildhauer und Roboter hatte trotz der hierfür beliebten Ringermasse nicht genug Kraft und Sockel der Persönlichkeit, um das groß untrifflige Format mit mehr als kränklichen Wachsen zu füllen. In kleineren Rollen trafen Ade Ravill, Ferdinand Gregori und Wilhelm Diegelmann den rechten Ton.

G. B.

Dem Gedächtnis Ludwig Rubiner gilt eine Veranstaltung am Montag, den 8. März, im Oberlichtsaal der Philharmonie. Alfred Reierle, Roma Bahn-Martin und Kartheing Martin lesen aus seinen Werken u. a. „Die Gemaltlosen“ 1. Akt. (Das Drama hat demnach seine Uraufführung am Deutschen Theater in Stuttgart und wurde wenige Tage vor dem Tode des Dichters mit dem 5000 Mk.-Preis des „jungen Deutschland“ ausgezeichnet. Rudolf Reinsow spricht über den Verstorbenen. Der Reinertrag ist für die politischen Belangen bestimmt. Karten zu 2,10 Mk. sind in der „Freiheit“-Buchhandlung, Breitestr. 8/9, zu haben.)

Das Staatliche Schauspielhaus bereitet eine Revuestudie der Hebbelischen „Nebelungen“ vor, die noch in dieser Spielzeit herauskommen sollen.

Am Waldhalla-Theater wird Franz Lehars bekannte Operette „Der Kaffeebinder“ neu inszeniert Ende dieses Monats zur Aufführung gelangen.

Im Gasttheater ist die Erstaufführung der neuen Fosse „Ein alter Sünder“ auf Donnerstag, den 11. März, angelegt. Einen Wagner-Abend mit dem Wührer-Operette Dr. Paul Scheinping veranlassen die Große Volksoper Berlin in der Singakademie am 10. März, abends 8 Uhr. Solisten sind Melane Kurt und Robert Hult.

„Melos“. Im Verlag Neumann, Neudorf u. Neff, Berlin-Weißensee, sind die beiden ersten Hefte der neuen Musik-Halbmonatsschrift „Melos“ erschienen. (Preis im Einzelbezug 2,40 Mk., im Abonnement 12 Mk. pro Quartal). Diese Zeitschrift bezieht sich nicht nur auf rein musikalische Abhandlungen, sondern hat sich die Verdringung der Musik mit anderen Künsten in ihrem Programm zum Problem gestellt. Sie will kraft der Gegenwart das Wesen im Werden der Musik aufzeigen, sowie das Veranlassen erschaffen und deuten. Der soziologische Unterbau der Musik ist als Hauptprogramm mit in die Untersuchungen einbezogen, da in richtiger Erkenntnis erst die Erforschung aller wirksamen Faktoren das Gesamtbild der Musik klar ergeben. Als Herausgeber der Zeitschrift erscheint Hermann Scherchen.

# Reaktionäre Gewalttate in Bayern.

In Straubing ist es am letzten Mittwoch zu Lebens-  
abschlüssen gekommen. Die Reichswehr geht ein, feuert  
auf die Demonstranten, tödete zwei und verwundete mehrere  
von ihnen. Unter den Getöteten befand sich auch der rechts-  
sozialistische Redakteur Legi. Dieser trat wie der „Vorwärts“  
beachtet, an den hochschulischen Offizier heran und sagte ihm  
im ruhigen, anständigen Ton, er möchte doch vernünftig sein  
und abziehen, er werde die erregte Masse dann beruhigen  
lassen. Darauf zog der Offizier den Revolver und feuerte drei  
Schüsse ab, von denen der erste in eine Säule ging, der zweite  
den Redakteur Legi in den Hinterkopf traf, so daß er sofort um-  
fiel. Der dritte Schuss verriet sich schwer einen Aufseher  
im Zuschauerraum. Als der Offizier von einem Augenzeugen erfaßt  
wurde, schickte er Scherenschnitt anzugucken, gab der Offizier  
per Anhalter, er solle verschwinden. Dann zog er seinen  
Säbel und gab den Befehl zum sofortigen Überfallen der Truppen.  
Das Vergehen des Reichswehrsoldaten zeigt uns nicht ins Ge-  
wöhnliche. Noch seinem Vater hat im März vorigen Jahres  
Quarantäne ungeschuldig Personen in Berlin erschossen worden.  
Keines dieser Verbrechen hat eine Sühne gefunden, und es ist  
schwer sein Mörder, wenn die Offiziere bei Demonstranten  
überall nach dem gleichen Schema vorgehen. Es hat sich bisher  
auf das Beste bemüht.

Über die Ausstellungen der Reichswehr in Passau, wo  
besonders bewaffnete Soldaten unter dem Kommando von Offizieren  
eine Theatervorstellung strengten, in der das Drama „Auer  
Wälder“ aufgeführt werden sollte, wird uns aus Passau ge-  
schrieben:

Die Reichswehr warf zuerst Stinbomben in den Zu-  
schauerraum, gab dann mehrere Schüsse ab und ging dann mit  
gegründeter Seitenwehr auf die Besucher los. Leute, die  
zur Mäse anstanden, wurden niedergeschlagen. Die Offiziere  
sahen in einem Fort: „Der Jude Auer ist verreckt!“ Es lebe  
der König! Bei dem Krach sind mehrere Personen verwundet  
worden.

Auch dieser Vorgang spricht für sich selbst. Er zeigt das  
starke Anwachsen der Reaktion, die ihre Macht bereits so befestigt  
hat, daß sie zum gewalttätigen Angriff übergehen kann.

## Im Zeichen der Zeit.

In Magdeburg ist der Deutschnationalen Volkspartei  
eine Werberversammlung für den Nationalen Sol-  
daten-Bund, einer Organisation, die sich die Wieder-  
herstellung der Monarchie zum Ziele gesetzt hat, die Regie-  
rungsentscheidung des Art. Reg. 4 zur Verfügung gestellt worden.  
Der republikanische Führer wird verboten und seine Mit-  
glieder unter strenge Beobachtung gestellt. In Hamburg hat  
am letzten Woche der General v. Seck vor der Studenten-  
schaft einen Vortrag über „Deutschlands Wehrmacht und der  
Wehrdienstvertrug“ gehalten. Er gab unter dem Beifallgeklapper  
der nationalistischen Studenten die Versicherung ab, daß er dafür  
sorgen werde, daß die Reichswehr im Geiste des alten Heeres  
für den Tag der Abrechnung“ erzogen werde. General v. Seck  
hatte bei der Reichswehr einen wichtigen Posten. Er wird  
von den monarchistischen Kreisen sehr hoch geschätzt und teilweise  
noch für tüchtiger und befähigter als Ludendorff gehalten.

## Unser Siegeslauf.

Wir haben in unserer gestrigen Abendausgabe darüber be-  
richtet, daß die Versammlungen zur Zeit die Stätte des schärfsten  
nationalistischen Terror sind. Alle Versammlungen unserer Partei  
sind generell verboten worden, sogar die Agitationsversammlun-  
gen zu den Gemeinderatswahlen, die gegenwärtig in  
Lappenberg stattfinden. In Elbing waren unsere Genossen  
nicht einmal zu den Elternratswahlen Stellung  
nehmen. Eine Versammlung, in der der Stadtdirektor, Genosse  
Lange sprechen sollte, wurde von der Militärbehörde  
verboten.

Und der Erfolg dieser Politik? Nach sechzehn Revolutions-  
paraden waren wir im Landkreis Elbing am Sonntag soweit,  
daß die Gemeinderatswahlen vorzunehmen. Die ersten unter  
dem Wahlschein, denn bisher bestanden und bestehen im größ-  
ten Teil der gewählten Bestreuer noch immer die alten Drei-  
partei-Parlamente. In diesen Wahlkampf ging unsere Partei mit  
hunderttausenden Händen und einen Knobel im Munde. Nicht eine Ver-  
sammlung konnte abgehalten, nicht ein Flugblatt verteilt werden.  
Rechtssozialisten, Zentrum und Konservative hatten nach Ver-  
bot der Versammlungs- und Pressefreiheit. Und nun den Aus-  
schlag bis jetzt liegen die Ergebnisse von 8 Orten vor. Es sind  
gemeldet: 12 Zentrumsdirektoren, 28 Konservative,  
11 Unabhängige Sozialdemokraten, 13 Mittelständler, 1 Mehr-  
heitssozialist, 6 Arbeiter mit bisher nicht bekannter Par-  
teizugehörigkeit.

Es ist mit voller Bestimmtheit anzunehmen, daß die Wahl-  
erfolge unserer Vertreter noch wesentlich steigen wird. In drei Orten  
wird über eine unabhängige Mehrheit. Die Stimmen-  
verteilung gegenüber der Nationalversammlungswahl liegen für uns  
sehr günstig. In Tolkemit, dem einzigen Städtchen des Kreis-  
es, liegen die Stimmen der U. S. P. D. von 211 auf 480.  
In Tolkemit hat ausschließlich katholische Einwohnerzahl. In  
Lappenberg liegen wir von 143 auf 193 Stimmen. Natürlich wäre  
ein solcher Erfolg bedeutend größer geworden, wenn wir zu den Wahl-  
erfolgen hätten offen reden können. Im ganzen zeigt aber das Sie-  
gesresultat, daß die U. S. P. D. markiert, während die Rechts-  
sozialisten eine geradezu katastrophale Niederlage er-  
litten haben.

## Die Sühne der Kriegsverbrechen.

Der von Gerlach, dessen Führerschaft von den am  
17. Februar erfolgten Verhandlungen noch nicht vollkommen  
abgeworfen ist, und Mittwoch wieder am Rednerpult, um in der  
„Reinen Welt“, Hofenheide, auf Einladung des Bundes „Neues  
Deutschland“ und der Deutschen Friedensgesellschaft über die  
Kriegsverbrechen und ihre Sühne zu sprechen.

Im Kriege gegen das Völkerverbrechen ist in freiwilliger und für die  
Kriegführung ganz gewöhnlicher Weise verfahren worden sind.  
Seine anderthalbjährige Rede wurde von den hunderttausenden  
Menschenmassen mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt und  
nur dann vom Redner unterbrochen, wenn er in satirischer  
Weise auf irgend einen Anknüpfungspunkt erwiderte. Auf Grund der  
Ausführungen nahm daraufhin die Versammlung einstimmig  
folgende Resolution an: „Die Sühne der Kriegsverbrechen ist eine  
Forderung, die die Pazifisten und Sozialisten aller Länder für  
alle Länder erheben müssen. Die Wiederherstellung der inter-  
nationalen Beziehungen ist die Voraussetzung für den Wieder-  
aufbau Europas. Vorbedingung der Wiederherstellung der inter-  
nationalen Beziehungen ist das gegenseitige Vertrauen der Völ-  
ker zueinander, das nur wiederhergestellt werden kann dadurch,  
daß die Schuldigen am Kriegsverbrechen, an der Kriegsverbrechen-  
tätigung und an den Kriegsverbrechen rücksichtslos zur Verantwortung  
gezogen werden.“

An der Diskussion sprach zunächst Pastor Franke für die  
Deutsche Friedensgesellschaft, Redakteur Karl Vetter für den  
Deutschen Friedensbund der Kriegsteilnehmer; beide im gleichen  
Sinne wie der Redner des Abends. Ein in Berlin zu Gast  
weilender Engländer Wilfried Wallod, der als Kriegs-  
dienstverweigerer drei Jahre im Gefängnis zugebracht hat, sprach  
in hinreichender Rede seine Überzeugung dahin aus, daß einst  
eine Zeit kommen werde, die zwischen den Völkern keine Grenzen  
und zwischen den Menschen keine Klassen mehr kennen würde. —  
Ein Redner aus Schweden berichtete davon, daß am 25. Februar  
eine große Versammlung in Stockholm stattgefunden habe, in der  
Vertreter aller schwedischen Bevölkerungsklassen ihre Entrüstung  
und ihre tiefen Trauer kundgaben, daß in einem solchen Kultur-  
lande wie dem deutschen derartige Verbrechen wie in der Ver-  
sammlung am 20. Februar möglich gewesen wären.

Von dem Ertrag des Abends wurden auf Wunsch der Ver-  
sammlung 900 Mark dem Infanterienfonds überwiesen. Außer-  
dem wurden für den gleichen Zweck am Ausgang 324,00 Mark  
gesammelt.

## Die ersten Gefangenen aus Sowjet-Rußland.

Berlin, 4. März. (B. T. S.)  
Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt  
mit: Der erste Transport aus Sowjetrußland mit 600 heimkehren-  
den Invaliden sowie Frauen und Kindern wurde bereits an der  
Demarkationslinie übernommen. Das Eintreffen des Transportes  
in Deutschland kann in den nächsten Tagen erwartet werden.

## Die Kollage der Presse.

Der Vorstand des Reichsverbandes der Deut-  
schen Presse hat in seiner Essener Sitzung nachfolgende  
Entschlüsse angenommen:

Der in Essen versammelte Vorstand des Reichsverbandes der  
Deutschen Presse teilt in vollem Umfang die Besorgnisse der  
deutschen Zeitungsverleger um die Zukunft der deutschen Presse  
mit und unterstellt nachdrücklich ihr Verlangen, das Weitererexis-  
tieren der Zeitungen durch Sicherstellung einer ausrei-  
chenden Menge von Papierholz zu möglich  
Preisen und durch andere geeignete Maßnahmen zu gewähr-  
leisten. Der Vorstand macht die Regierung auf die schwere Ge-  
fahr aufmerksam, die ein bei Fortdauer der gegenwärtigen Ver-  
hältnisse unausweichlicher Zusammenbruch des  
deutschen Volkswirtschaftens für Politik, Wirtschaft und Kultur des  
deutschen Volkes sowie für die Existenz von Hunderttausenden von  
Zeitungsangestellten bedeuten würde.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde  
noch die wegen Beschlußfähigkeit des Hauses früher zurück-  
gestellte Abstimmung über § 12 des Reichseinkommen-  
steuer-Gesetzes vorgenommen. Der Paragraph wurde nach  
dem Ausschusstrat angenommen. Bei der zweiten Lesung des  
Landessteuer-Gesetzes, nach dem die Länder und Ge-  
meinden an dem Ertrage der Einkommensteuer und der Körper-  
schaffsteuer mit zwei Dritteln beteiligt werden, und wonach auch  
Religionsvereinigungen Zuschläge zu den Reichsteuern erheben  
dürfen, wies Genosse Düwels mit Recht darauf hin, daß die  
Vorlage das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden beeinträchtigt.

## Gewerkschaftliches.

### Versammlung der Bauhofsler.

Die Bauhofsler und Arbeiter in den Betrieben für gelöste  
Stücke nahmen am Mittwoch, den 3. März, Stellung zu dem  
neuen Lohnabkommen. Nach mehreren Verhandlungen mit den  
Unternehmern kam ein Abkommen zustande, welches wohl einige  
Verbesserungen für die Arbeiter bringt, im allgemeinen aber  
auch von der Verhandlungskommission als durchaus ungenügend  
bezeichnet wurde. Nach dem Bericht des Branchenvertreters kam  
dies in einer sehr lebhaften Diskussion auch zum Ausdruck. Von  
allen Rednern wurde die Vorlage als ungenügend bezeichnet.  
Da mit den in dem Tarif vorgesehenen Löhnen in der gegen-  
wärtigen Zeit bei den schweren Leertungsverhältnissen nicht  
auszukommen ist, sollte der Tarif abgelehnt werden. Wenn die  
Unternehmer sich nicht dazu bereit erklären können, dem Tarif-  
vertrag eine für die Arbeiterchaft günstigere Form zu geben,  
dann müsse es entgegengekommen werden, in einer tariflosen Zeit  
den einzelnen Betrieben zu überlassen, für eine Besserung ihrer  
wirtschaftlichen Lage einzutreten.

Der Abstimmung ergab mit schwacher Majorität die An-  
nahme des neuen Lohnabkommens. Es wurde aber verlangt,  
daß die angeführten Mindestsätze auch wirklich nur Mindestsätze  
sind. Die Kommission wurde beauftragt, sofort mit einer neuen  
Forderung an die Arbeitgeber heranzutreten.

### Betriebsversammlungen der Metallarbeiter.

In 17 Betriebsversammlungen nahmen die Berliner Metallarbeiter  
Stellung zu der am 14. März 1920 stattfindenden ordentlichen  
Generalversammlung. Es wurden eingehend die zur General-  
versammlung gestellten Anträge beraten. Die Anträge 1 und 2  
verlangen, daß an Stelle der „Gewerkschaftlichen Frauengattung“,  
deren Existenz nicht mehr ausfindig wird, die Frauengattung  
„Die Kämpferin“ eingeführt wird. Diese Anträge wurden  
der Generalversammlung zur Annahme empfohlen. Antrag 3,  
der verlangt, daß alle Beziehungen zum kapitalistischen Arbeit-  
geber des vom Metallarbeiter-Verband zu lösen sind, wurde in  
fast allen Betriebsversammlungen aus tatsächlichen Gründen abgelehnt.  
Antrag 4 der Schmelzwerke, die Liquidationsgelder für die  
Punktonäre für Einkünfte und Versammlungen von 1 auf 2 Mark  
zu erhöhen, wurde zum Teil zugestimmt, zum Teil noch er-  
weitert. Ein Antrag der Gewerkschaft und Jüdischer, für ihre  
Brände einen U. gestellten zu bewilligen, wurde in fast allen Ver-  
sammlungen abgelehnt. Allgemein wurde einem Antrag des  
Arbeitersrates Zustimmung gegeben, in dem verlangt wird,  
daß die Arbeitslosigkeit bei der Regierung einzufordern solle, daß die  
Beheizung des Einkommens der wertvollen Bevölkerung herab-  
gesetzt wird. Damit haben die Betriebsversammlungen die  
Schlussanträge der mittleren Gewerkschaften aufgegeben. In den

einzelnen Betriebsversammlungen nahmen die Metallarbeiter dann noch  
Stellung zu den bevorstehenden Betriebswahlen, ganz be-  
sonders unter Bezugnahme auf die eingeleiteten Diskussionen und  
Stellungnahmen über die Art der Ausschließung der Kandidaten.  
Im allgemeinen sprachen sich die Metallarbeiter für die Lösung vom  
Betriebsbetriebsgebühren aus.

Tarifbewegung der Angestellten des Zeitungsgewerbes. Die An-  
gestellten des Groß-Berliner Zeitungsgewerbes nahmen gestern  
in einer Versammlung in der Gabelbauerei, Bergmannstraße,  
Stellung zu dem von den freigewerkschaftlichen Organisationen  
— dem Zentralverband der Angestellten und Angestelltenverband  
des Buch- und Zeitungsgewerbes — ausgearbeiteten Tar-  
ifentwurf. Verschiedene Redner bezeichneten die in dem  
selben aufgeführten Gehaltsätze als unzureichend, jedoch wurde  
eine Resolution, die dem Zentralverband und dem Angestellten-  
verband des Buchhandels Verhandlungsmandat erteilt und ihre  
Zufriedenheit mit dem ausgearbeiteten Entwurf ausdrückt, fast  
einstimmig angenommen.

## Groß-Berlin.

### Kassiert uns das Leben genießen!

Die Lebensmittel sind so knapp und teuer, daß die  
große Masse der Bevölkerung mehr denn je darunter leidet.  
Teilweise sterben die Menschen buchstäblich vor Hunger, weil  
sie nicht einmal das Geld aufbringen können, das zum An-  
kauf der nötigsten Nahrungsmittel gebraucht wird. Anders  
wanke dahin und sind gleichgültig gegen alles, was um sie  
herum vorgeht. Für sie ist das Leben eine Qual, aber be-  
leide kein, wenn auch noch so höchstdeiner Genuss.

Es gibt aber auch eine andere Sorte. Sehen wir mal  
ab von den Geldproleten und Schiefen, die das Geld leicht  
zusammengucken und mit vollen Händen ausgeben können.  
Von ihnen sei heute nicht die Rede. Wir wollen die-  
mal an die Liebhaber der kapitalistischen Gesellschaft denken,  
an die Schillinge des Herrn Roske. Für sie wird noch ge-  
sorgt, daß sie keine Not zu leiden brauchen. Sie scheinen  
sich dabei sehr wohl zu fühlen, wie ein Vorgang beweist, der  
sich vor einigen Tagen ereignete.

Stieht da durch die Straßen im Osten Berlins eine  
Schwadron berittener Truppen, die Musik an der Spitze.  
Sie kommen toter und gehen wohin, vielleicht zu einer  
Übung, vielleicht zum Empfang eines Generals. Wer  
weiß? Und die Musiker schmettern aus ihren Trompeten  
die alten Märsche, die wir bei den früheren Truppenauf-  
märschen so oft hörten. Doch nun folgt ein Lied, das auch das  
Volk früher einmal sang, als es ihm noch besser ging, das  
es jetzt aber schon längst vergessen hat. „Lasset uns das  
Leben genießen!“ So klingt es in hellen Fanfaren tönen, so  
daß der arme Kriegsbeschädigte Dreihörner, der gerade  
mit keinem Kasten dahergefahren kommt, erschauert aufhorcht.  
Es kommt auch ihm die Erinnerung an ein Genieken, als  
er noch seine gesunden Knochen bei uns und im Jugendglück  
schwelgen konnte. Heute ist das alles vorbei. Aber die  
dort auf hohem Ross, ja, die können noch mit einigem Recht  
vom Genieken reden. Wird ihnen doch schon ein ganz  
anderer Küchensettel vorgelegt als all den anderen, die  
ganz nichts weiter tun als arbeiten. Nach den Angaben,  
die einem hiesigen Blatt gemacht worden sind, betragen die  
Rationen, die ein Soldat jetzt monatlich erhält:

23 500	Stamm Kartoffeln	8,—	R.
21 000	Brot	12,—	„
7 500	Hilfsfrüchte	87,50	„
7 250	Fleisch	83,25	„
1 650	Butter	25,—	„
1 600	Fett	25,—	„
1 500	Getreide und Getr.	1,—	„
1 200	Fisch	6,—	„
900	Hund	1,—	„
900	Pharmazeutika	2,50	„
300	Kaffeebohnen	6,—	„
Summa: 300,25 R.			

Damit vergleiche man, was der gewöhnliche Sterbliche  
auf seine Lebensmittelkarten erhält und was er sich vielleicht  
noch hin und wieder dazu im Einzelhandel erwerben kann.

Man wird uns wohl recht geben, wenn wir diese Art  
der Verteilung von Lebensmitteln als eine unerhörte Ver-  
borgung eines Standes bezeichnen. Wenden werden wir  
mit unserer Kritik wohl nichts, denn mit Bedenken läßt man  
Märkte, und wenn es keine Vorteile für das Meer gäbe, dann  
würden sich die Reihen dort bald sehr lücken. Aber was  
man verlangen kann, das ist, daß sich die Herren Roske-  
finger etwas mehr Lastgefühl angewöhnen sollten und dort,  
wo der Hunger wohnt, nicht mit ihrem Lebensgenuss  
prahlen.

Die Siebler und Landesknechten veranlassen am Sonn-  
tag, den 7. März, vormittags 11 Uhr, im Circus Busch  
eine Massenkundgebung. Sie verlangen gerechte und aus-  
reichende Finanzierung der Heimstätten, Gewährung von billigen  
Baumaterial, Wiederherstellung ermäßigter Fahrpreise für  
Siebler und Kolonisten, Einfluß auf die Festsetzung der kommen-  
den Weizen. Neben anderen Rednern werden sprechen:  
Stadtdirektor Wagner, Schöneberg, Wolf Da-  
maske und der Vorsitzende des Verbandes der Landesknechte  
Franz Steinweg. Mit Rücksicht auf die allgemeine  
Ernährungsverhältnisse wird besonders die Wiederherstellung der  
ermäßigten Fahrpreise werts Kreise interessieren.

Der Mördermord in der Chausseestraße. Die Nachforschun-  
gen nach dem Mörder der 20 Jahre alten Arbeiterin Freda Hel-  
wig aus der Drontheimerstraße 13, dem Fahrstuhlführer Franz  
Lich aus der Schwarzkopfsstraße 9, waren bisher ergebnislos.  
Lich hat sich in seiner Wohnung nicht wieder sehen lassen. Nach

# Georg Ledebour

zum 70. Geburtstag am 7. März

In der nächsten Nummer der

## Frelen Welt \* Heft 10

